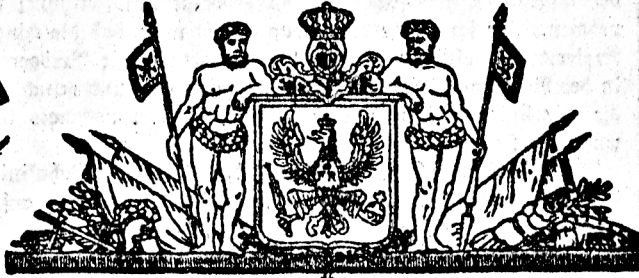


Woffische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin. * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 299

Tsingtau.

Von unserem Berichterstatter.

* Tokio, im Juli.

Als am 16. August 1914 das Ultimatum der japanischen Regierung an Deutschland verkündet wurde, war das Schicksal Tsingtaus besiegelt. Niemand konnte daran zweifeln, daß in wenigen Wochen schon die kleine deutsche Besatzung durch die japanische Uebermacht erdrückt, vernichtet oder zur Uebergabe gezwungen sein werde. Sie hat sich immerhin länger gehalten, als man erwartet hatte, aber am Endegebnis war nichts zu ändern. Tsingtau war verloren, und schließlich über die wortreiche Inschrift des Dieberichs-Steins meißelten die Japaner tief und groß, einfach und monumental, uns ewig schmerzlich, die Schriftzeichen: „Taisho 3. Jahr 11. Monat 7. Tag“ — d. i. „7. November 1914“.

War der Kampf um Tsingtau beendet? Das Schicksal Tsingtaus wie der deutschen Kolonien wurde, das wußten wir, auf den Schlachtfeldern Europas entschieden, aber auch darüber war man sich klar, daß so, wie es gewesen, Tsingtau nie wieder sein werde, daß selbst nach einem unbeschränkten deutschen Siege die Befestigungen nicht wiedererstehen dürften, dafür aber die Schulen, Bibliotheken und Uebersetzungsanstalten, die Werk- und Ausbildungsstätten, die Hospitäler, die Wohn-, die Kauf- und die Lagerhäuser, die Hafenhäuten und Werften, die Bergwerke, die Straßen, die Eisenbahn, die jungen Wälder, dies und alles, was deutsche Arbeit mit viel gutem deutschen Geld und sehr viel Hoffnung und Idealismus in nur anderthalb Jahrzehnten aufgebaut hatte.

Der Kampf hat wenig zerstört, um so mehr der Frieden und fast noch mehr die Jahre zwischen Kampf und Frieden. Der Hafen ist geblieben, die Straßen, die Eisenbahn, die großen Regierungs- und Schulgebäude und alle die schönen deutschen Villen, das eigentliche Merkmal Tsingtaus gegenüber den nüchternen, häßlichen Fremden- siedlungen des fernem Ostens, Stadt, Hafen und Bahn sind nicht ausgestorben, im Gegenteil, Handel und Verkehr sind, geheizt durch die Kohlstoffen Europas im Anzuge und die Preise, die zu zahlen es bereit war, mächtig angewachsen, aber das Alte ist es nicht mehr, das Alte, das Deutsche ist überwuchert, steht wie Grabsteine eines halberstunkenen Friedhofs mitten in einer von fremdem Volk erbauten Stadt.

„Deutschland verzichtet...“ Vertrag von Versailles, Teil IV, Abschnitt VIII, Artikel 156, 157, 158... Was Tsingtau anlangt, können wir ohne Rückhalt sagen: „Deutschland verzichtet!“ Es kann verzichten, denn Tsingtau hat seine Schuldigkeit getan, das Blat war etwas kostspielig, aber es hat seine Aufgabe erfüllt: deutsche Wissenschaft und Technik, Kenntnisse und Arbeitsmethoden, Können und Wollen sind heute in China bekannt und brauchen keinen „Platz an der Sonne“, brauchen und wollen nur eins: die offene Tür, das gleiche Recht für uns wie für die anderen nicht-asiatischen Völker!

Ist der Kampf um Tsingtau zu Ende? Deutschland verzichtet und hofft nur noch auf eine erträgliche Regelung der Frage des deutschen Privateigentums in Schantung. Für die anderen ist der Kampf nicht beendet, aber die Krisis nahe. Dem Historiker werden diese Dinge nur als Episoden erscheinen im größten Kapitel „China“, als kleinstes Zwischenspiel der Kampf mit den Waffen. Der politische begann in den ersten August-Wochen 1914, als England und Japan über dessen Eintritt in den Krieg berieten, er trat offen zutage, als England Truppen und Schiffe zur Teilnahme an der Belagerung sandte, er ging in aller Stille weiter, immer mehr unter Chinas Namen, immer mehr von England und den Vereinigten Staaten getragen, gefördert, getrieben. Auch noch in Paris und jetzt. Aber die Krisis naht...

Die Lage wird immer komplizierter, eine einfache Lösung immer schwieriger. Japan sucht Entscheidung, China Verschleppung. Die Gründe sind klar. Wer vergessen wir nicht: Deutschland hat verzichtet und ist nur Zuschauer, der ruhig und kühl bleiben darf und soll, während die andern im Gefecht der Worte und Taten sich erheben. Schauen wir ihren Taten zu, hören wir ihre Worte an, aber bleiben wir ruhig.

Die japanische Regierung hat soeben ein Schriftstück zur Schantung-Frage veröffentlicht, das schon an sich den Abschluß eines Teils der Entwicklung bedeutet, auf jeden Fall aber genügend hohen und bleibenden dokumentarischen Wert besitzt, um es hier überfetzt in vollem Umfange zum Abdruck zu bringen. Hier ist es:

Als im Januar 1920 der Friedensvertrag mit Deutschland in Kraft trat und die deutschen Rechte und Interessen in Schantung gemäß den Bestimmungen jenes Vertrages in japanischen Besitz übergingen, wies die japanische Regierung, in Uebereinstimmung mit ihren wiederholten Erklärungen und Versprechen und in dem Wunsche und der Absicht der Rückgabe Kiautschous an China und der Regelung damit zusammenhängender Fragen, ihren Gesandten in Peking an, der chinesischen Regierung die folgenden Mitteilungen zu machen:

1. In dem Wunsche, mit der chinesischen Regierung in Verhandlungen bezüglich der Rückgabe Kiautschous an China und der Regelung damit zusammenhängender Einzelheiten einzutreten, auch in der Hoffnung auf eine schnelle Erledigung der ganzen Frage,

Genf und Brüssel.

Schiebung oder Verzicht?

Drahtmeldung der „Woffischen Zeitung“.

vi Paris, 11. September.

Das „Echo de Paris“ berichtet, die französische Regierung habe auf einen englischen Vorschlag, nach dem die Genfer Konferenz zum 24. September einberufen werden sollte, geantwortet, dieses Datum könne nicht in Frage kommen, weil die französischen Finanzdelegierten dann in Brüssel seien, um der vom Völkerbundrat einberufenen Finanzkonferenz beizuwohnen und die Ernennung einer anderen Delegation die Einheitlichkeit des französischen Vorgehens in Frage stellen würde. Die französische Regierung habe in ihrer Antwortnote ferner hervor, daß die letzten Vorgänge in Deutschland eine direkte Diskussion mit den Deutschen gegenwärtig nicht als opportun erscheinen lassen. Nach dem „Echo de Paris“ wird Frankreichs Auffassung von der belgischen Regierung geteilt. Auch Amerika habe bereits unzweideutig zu erkennen gegeben, daß es den Wunsch hat, die im Versailler Vertrage angeführten Vollmachten des Wiedergutmachungsausschusses gewahrt zu sehen. Millerand erwiderte in Straßburg einem Vertreter des „Echo de Paris“ auf die Frage, ob die Genfer Konferenz stattfinden würde und wie man das Wiedergutmachungsproblem lösen wolle: „Der Wiedergutmachungsausschuss arbeitet...“

Aus dem „Temps“ ist zu entnehmen, daß die Erklärung der französischen Regierung besonders auch die praktischen Gründe hervorhebt, die gegen die gleichzeitige Abhaltung der Konferenzen von Genf und Brüssel sprechen.

Außerdem nehme die französische Regierung grundsätzlich dieselbe Haltung wie die belgische Regierung ein, nämlich die Angebote Deutschlands der Reparationskommission zur Prüfung zu unterbreiten. Die französische Regierung hoffe, daß sich auch die englische Regierung dieser Ansicht anschließen werde.

Um Verständnis der gesamten Sachlage ist nochmals auf die frühere Anregung des „Temps“ hinzuweisen, der eine Unterhaltung zwischen deutschen und französischen Sachverständigen zur Vorberatung der deutschen Vorschläge als wünschenswert bezeichnet hat. Es liegt auf der Hand, daß eine Konferenz über Fragen, die so außerordentlich kompliziert liegen und bei denen alles auf die Einzelheiten, auf konkrete Beschlüsse ankommt, überhaupt nur dann einen Sinn hat, wenn man sich zuvor über ein Programm prinzipiell geeinigt hat und das Ergebnis in großen Zügen vor Augen sieht, bevor man sich an den Verhandlungstisch setzt. Der Verlauf der Verhandlungen von Spa bestätigt die alte Erfahrung, daß internationale Konferenzen, die nicht zielbewußt vorbereitet und zu einem von vornherein greifbaren Ergebnis geführt werden, die Gegensätze zwischen den Völkern verschärfen, anstatt einer sachlichen Klärung und Verständigung zu dienen.

Deshalb braucht die Ablehnung des englischen Vorschlages, die Konferenz auf den 24. September gleichzeitig mit den Finanzbesprechungen in Brüssel anzusetzen, keineswegs zu bedeuten, daß Frankreich den Wunsch hat, eine Aussprache zwischen den nächstbeteiligten Mächten zu verhindern. Im Gegenteil würde die Vertagung erst die Möglichkeit schaffen, das Terrain vorzubereiten. Eine Konferenz, der nicht eine Aussprache zwischen Deutschland und Frankreich vorausgegangen ist, müßte aller Voraussicht nach entweder ergebnislos oder mit einem Diktat enden. Dieser uner-

spricht die japanische Regierung die Hoffnung aus, daß die chinesische Regierung die hierfür nötigen Vorbereitungen treffen werde. 2. Es ist die Absicht der japanischen Regierung, die entlang der Schantung-Bahn stationierten Truppen selbstverständlich zurückzuziehen, so bald die beiden Regierungen zu einer Einigung über die Disposition in Kiautschou gelangt sind. Tatsächlich wünscht die japanische Regierung diese Truppen so schnell wie irgend möglich zurückzuziehen, selbst vor Zustandekommen einer Abmachung, sieht sich aber wegen des Fehlens einer Truppe, die nach Abzug der japanischen Soldaten die Aufgabe der Wohnbewachung übernehmen könnte, gezwungen, ihre Soldaten vorläufig noch dort stationiert zu halten, um die Sicherheit der Bahnverbindung zu gewährleisten und die Interessen von Japan und China zu schützen, das an der Eisenbahn in gleicher Weise, nämlich als Teilhaber an dem gemeinsamen Unternehmen, interessiert ist.

Die japanische Regierung hegte daher die Hoffnung, daß die chinesische Regierung in Anerkennung der Absichten der japanischen Regierung in dieser Angelegenheit schnellstens eine Polizeitruppe organisieren würde, die den Schutz der Eisenbahn von den japanischen Truppen übernehmen konnte, um deren Zurückziehen selbst vor Abschluß einer Vereinbarung über sonstige Einzelheiten und Anordnungen zu ermöglichen.

wünschten Zustand zu vermeiden, liegt im Interesse beider Länder.

Wenn England den Anschein zu erwecken versucht, als ob eine Vertagung gleichbedeutend wäre mit einem Verzicht auf eine gleichberechtigte Verhandlung über die Fragen der Wiedergutmachung, so entspricht das seiner alten Taktik. Auf einer mangelhaft vorbereiteten Konferenz würde es dem Schiedsrichter spielen, und zwar auf Kosten beider Parteien. Das Ziel der deutschen Politik muß sein, die Konferenz von Genf zustande zu bringen, aber unter Bedingungen, die ein positives Ergebnis ohne Einmischung angeblich wohlwollender Protektoren in Aussicht stellen.

Rieler Kanal und Neutralität.

Drahtmeldungen.

Paris, 10. September.

Die Botschafterkonferenz, die heute vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon zusammentrat, hat beschlossen, an Deutschland eine Note zu richten, um gegen das Anhalten von Schiffen im Rieler Kanal, die nach Danzig bestimmt sind, zu protestieren.

vi Paris, 11. September.

Der Beschluß der deutschen Reichsregierung, den Rieler Kanal für neutral zu erklären und für Munitionstransporte nach Polen zu schließen, wird von den Pariser Blättern, soweit sie sich heute morgen schon dazu äußern, als unhaltbarer Verstoß gegen die Versailler Bestimmungen bezeichnet.

Das Auswärtige Amt steht auf dem Standpunkt, daß die Vorschriften hinsichtlich unserer Neutralität für die Wasserwege dieselbe Geltung haben wie für die Eisenbahnwege. Artikel 380 der Versailler Bestimmungen schreibt für die Durchlassung von Schiffen der bisher feindlichen Mächte zwar völlige Gleichberechtigung vor, aber die jüngst erklärte Neutralität legt Deutschland die unbedingte Pflicht auf, den Transport von Munition auf deutschen Verkehrswegen zu verhindern. Zu dem Fall des Dampfers „Dorrit“ ist noch zu bemerken, daß es den diplomatischen Gepflogenheiten entspricht, Kriegsschiffe oder Dampfer mit Munitionsladung vorher anzumelden.

Das Dementi Le Ronds.

mg Breslau, 11. September.

Zu dem Dementi des Generals Lerond anlässlich des in der „Breslauer Morgenzeitung“ veröffentlichten Dokuments über eine parteiische und polenfreundliche Anweisung an die Kreis-Kontrollreue, erklärt die Redaktion dieser Zeitung auf Befragen, daß sie nach wie vor für die Echtheit des Dokuments eintrete und gewillt sei, in den nächsten Tagen den Beweis dafür anzutreten. Es wird von ihr betont, daß das Lerondsche Dementi das Dokument als falsch bezeichnet und nicht als gefälscht. Insofern gibt sie zu, daß unter Umständen „Uebersetzungs-differenzen“ vorhanden sein könnten. Jedenfalls hat ihr das Original bis heute noch nicht vorgelegen. Sie glaubt aber, für ihren Gewährsmann „bürgen“ zu können.

Als einer der Haupttäter an dem Breslauer Konsulatssturm ist gestern ein 17jähriger Gymnasiast vom Könige Wilhelm-Gymnasium verhaftet worden.

Die japanische Regierung rechnete auf eine Fortsetzung dieser Verhandlungen, aber drei Monate vergingen, ohne daß von der chinesischen Regierung eine Antwort eingegangen wäre.

Es ist eine Quelle des tiefsten Bedauerns für die japanische Regierung, daß zu einer Zeit, da alle Nationen der Welt sich um die Herstellung eines dauernden Friedens bemühen, Fragen von solcher Wichtigkeit zwischen Japan und China unerledigt bleiben sollten. Die japanische Regierung ist durch ihren Geschäftsträger in Berlin benachrichtigt worden, daß er von der deutschen Regierung die verschiedenen, in Artikel 158 des Friedensvertrages aufgeführten Dokumente erhalten hat. Daher um so begieriger, die Angelegenheit zum beiderseitigen Besten schnellst zu erledigen, instruierte die japanische Regierung ihren Gesandten in Peking am 26. April, die chinesische Regierung aufmerksam zu machen auf die Wichtigkeit der Ergreifung der notwendigen Maßnahmen in Uebereinstimmung mit der im Januar erfolgten Aufforderung der japanischen Regierung.

Erst am 22. Mai gab die chinesische Regierung eine Antwort, und zwar in Gestalt eines Erlusses um Ausschub der Eröffnung von Verhandlungen. Die chinesische Regierung erklärte:

„Die chinesische Regierung schätzt in vollem Maße die Absicht der japanischen Regierung, die Kiautschou-Bucht zurückzugeben und